

GR. Mag. Eva Maria FLUCH

19.04.2007

## **A N F R A G E**

Betr: aktueller Stand des Wassersanierungsprojektes Am Dürrgraben

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bereits vor einiger Zeit habe ich die Frage der letzten „weißen Flecken“ beim Ausbau des Grazer Trinkwassernetzes in einer Anfrage thematisiert. Anlassfall war und ist auch heute der Bereich Am Dürrgraben in Graz Andritz, wo sich die Situation nach dem verheerenden Hochwasser im Jahr 2005 entscheidend verändert hat.

Waren die BewöhnerInnen dieses Gebietes davor mit ihren Hausbrunnen weitgehend autark und daher nicht wirklich an einer Anbindung an das Trinkwassernetz interessiert, so stellt sich nach der Verseuchung der Brunnen durch das erwähnte Hochwasser die Notwendigkeit eines Anschlusses an das Wassernetz bzw. der Wassersanierung seither in neuer Form.

Nach meinem Wissensstand haben die Grazer Stadtwerke bereits begonnen, Vorerhebungen zu führen, ob eine städtische Wasserversorgung in diesem Gebiet nicht doch möglich wäre. Das Vorliegen eines konkreten Wassersanierungsprojektes ist die Voraussetzung dafür, dass die betroffenen BewohnerInnen bei der Verwirklichung des Projektes eine Unterstützung seitens der öffentlichen Hand bzw. durch die Stadt Graz erhalten.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e,**

wie der aktuelle Stand bezüglich eines konkreten Projektes der Wassersanierung für den Bereich Am Dürrgraben ist und mit welcher Unterstützung seitens der Stadt die betroffenen BürgerInnen rechnen können.

Betrifft: Gehsteig Steinbergstraße



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

## Mündliche Anfrage

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 19. April 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wenn derzeit BewohnerInnen der Einödstraße zu Fuß zur Steinbergstraße kommen und stadteinwärts gehen wollen, haben sie einen wahren Spießrutenlauf zu absolvieren. Denn nach rund 10 Meter müssen sie die Steinbergstraße direkt im Kurvenbereich überqueren, um zu einem sicheren Gehsteig zu gelangen. Was auf dieser vielfrequenzierten Straße wenig empfehlenswert, weil mit Gefahren verbunden ist.

Nunmehr gäbe es aber die Möglichkeit, im Zuge der Sanierung der Steinbergstraße, die ja demnächst beginnen soll, den südlichen Gehweg von der Einödstraße Richtung stadteinwärts zu verlängern – mit einem rund 80 Meter langen Gehsteig wäre diese Problematik gelöst. Allerdings wäre dafür ein Teil des Berghanges abzugraben, was natürlich mit viel Aufwand verbunden ist, jedoch jetzt – im Zuge der Sanierung der Steinbergstraße – sicher wesentlich leichter umsetzbar wäre.

Die Kosten für diese Gehsteigverlängerung würden sich – inklusive Hangabtragung – laut ersten Berechnungen der Baubezirksleitung Graz-Umgebung auf rund 21.400 Euro belaufen, wobei dies Maximalschätzung ist: Die Fachleute sind überzeugt, dass dieses Projekt kostengünstiger ausfallen werde: In Hinblick auf die Sicherheit der vielen Fußgänger, und darunter natürlich auch zahlreiche Schulkinder, wäre das sicher eine vertretbare Investition. Zumal sich ja auch gemäß Gehsteigübereinkommen auch das Land an den Kosten für die Errichtung dieses Gehsteiges beteiligen würde, wie seitens der Baubezirksleitung bereits festgehalten wurde.

Was jetzt erforderlich wäre, ist eine rasche Entscheidung betreffend diese Gehsteigverlängerung, denn die Sanierungsarbeiten an der Steinbergstraße werden seitens des Landes voraussichtlich im Juni beginnen. Nachdem die zuständigen Stadtsenatsmitglieder von Bezirksvorsteher Leopold Stöhr über diese Sachlage bereits informiert wurden, stelle ich an dich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion

**die Anfrage,**

ob du bereit bist, angesichts der Dringlichkeit dieser Angelegenheit im Rahmen deiner Koordinierungskompetenz auf die Ressortverantwortlichen einzuwirken, damit eine rasche Entscheidung zugunsten dieser Gehsteigverlängerung getroffen wird?

Betrifft: Lärm dringt durch die  
Notausfahrt des Plabutschtunnel



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

## Mündliche Anfrage

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Frau Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 19. April 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Richtig ist, dass der Plabutschtunnel für Tausende GrazerInnen eine wesentliche Entlastung bringt – für einige GrazerInnen und Grazer bringt er jedoch leider zusätzliche gravierende Belastungen. Konkret geht es um die AnrainerInnen in Raach, die wegen der Notausfahrt Richtung Norden unter starkem Lärm leiden. Der Hintergrund: Die Notausfahrt des Straßentunnels ist – wenn wir Richtung Norden blicken - nach links gerichtet und ist – zweckdienlich - offen. Der Lärm von der Autobahn jedoch, wird über diese Notausfahrt vom benachbarten Hang auf die angrenzenden Häuser zurückgeworfen.

Klar ist natürlich, dass diese Notausfahrt nicht durch ein Tor verschlossen werden kann, denn dann wäre die Notausfahrt mehr oder weniger zwecklos. Auch eine Art Lärmvorhang direkt bei der Ausfahrt ist wahrscheinlich nicht machbar, denn auch dadurch würde die Notausfahrt nicht mehr die ihr zgedachte Funktion erfüllen.

Dennoch muss es klar sein: Lärmschutzmaßnahmen sind auf jeden Fall dringend notwendig, um die Lärmbelastungen für die AnrainerInnen zu verringern.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion

die Anfrage,

ob Sie im Rahmen ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, die zuständigen Stellen der Stadt und die übergeordneten Gebietskörperschaften aufzufordern, Lösungen zu entwickeln, damit der durch die Notausfahrt verursachte Lärm und damit die Belastungen für die AnrainerInnen minimiert werden.



Betr.: Nachmittagsbetreuung

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Frau Gemeinderätin Edeltraud Meißlitzer  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 19. April 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In den Pflichtschulen wird über Vereine vermehrt die Nachmittagsbetreuung für Schulkinder angeboten. Auch private Schulen bieten während der Schulzeit ganztägige Betreuung ihrer SchülerInnen an.

Problematisch wird die Situation für Kinder und deren Eltern aber in Ferien- und schulfreien Zeiten. Eines wird ja hoffentlich wohl außer Streit stehen: Die städtischen Horte werden in den Sommermonaten nicht als „Ersatz“ einspringen können. Die Horteinrichtungen der Stadt Graz leisten das ganze Jahr über hervorragende Arbeit. Es kann allerdings keine Lösung sein, dass in Ferienzeiten das Amt für Jugend und Familie zusätzliche Gruppen installieren muss, um den Bedarf für externe Schulkinder in den Horteinrichtungen abdecken zu können. Zumal die personelle und finanziellen Strukturen der Horte auf dem Landesgesetz aufgebaut sind.

Die einzig mögliche Ansatz: Es werden die Vereine und private Schulträger Lösungen anstreben müssen, um auch während schulfreier Zeiten eine Betreuung von Schulkindern zu gewährleisten.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

#### **die Anfrage,**

sind Sie bereit, das Stadtschulamt anzuhalten, mit den entsprechenden Vereinen für die Ferienbetreuung ein Konzept zu erarbeiten, um SchülerInnen an Schulen mit Nachmittagsbetreuung auch in den Ferien zu betreuen?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 19. April 2007

Gemeinderätin: Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer

## **Anfrage an den Bürgermeister**

Betreff: Fördermaßnahmen in der Erwachsenenbildung für MigrantInnen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Erwachsenenbildung für MigrantInnen wird bezogen auf die Fördermaßnahmen immer noch zu wenig Bedeutung beigemessen. Langfristige, kontinuierliche, finanzielle Unterstützung auf allen Ebenen würde dem Abhilfe schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen der KPÖ-Fraktion stelle ich deshalb folgende

### **Anfrage:**

Welche zusätzlichen Fördermaßnahmen planen Sie in der Erwachsenenbildung, um die Integration der MigrantInnen zu verbessern?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 19. April 2007

Gemeinderat: Hubert Reiter

## Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: **Brandschutz bei Hochhäusern; schriftliche Stellungnahme der Stadt Graz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Grazer Gemeinderat hat zum Thema Brandschutz in Hochhäusern am 22. September 2005 einstimmig eine Petition an den steiermärkischen Landtag gerichtet. Der Landtag hat darauf reagiert und einen Unterausschuss dazu eingerichtet.

Bei diesen Unterausschusssitzungen war jeweils auch die Stadt Graz eingeladen, die jedoch nur durch Branddirektor Dr. Meisenberger und Ing. Pölzl von der Feuerwehr vertreten war.

Insbesondere wurde aber eine Stellungnahme der Stadt Graz aus politischer Sicht erwartet. Nach der letzten Sitzung des Unterausschusses am 20. März 2007 wurden Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ausdrücklich aufgefordert, aus Sicht der Stadt Graz zum Ersuchen des Unterausschusses bis längstens 30. März 2007 zur Vollzugspraxis hinsichtlich des § 103 Baugesetz in Verbindung mit § 7 Abs. 3 Feuerpolizeigesetz Stellung zu nehmen. Weiters wurde der Wunsch geäußert, dass bei der nächsten Sitzung voraussichtlich im Mai ein Vertreter der Stadt Graz von politischer Seite anwesend sein sollte.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Anfrage:**

Wurde dem Ersuchen des Unterausschusses des Landtags entsprochen und eine Stellungnahme der Stadt zur Vollzugspraxis des § 103 Baugesetz in Verbindung mit § 7 Abs. 3 Feuerpolizeigesetz abgegeben und wird bei der nächsten Sitzung ein politischer Vertreter der Stadt Graz entsendet werden?

**Anfrage an den Bürgermeister der Stadt**  
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.4.2007  
von GRin Lisa Rücker

*Betrifft: Nicht umgesetzte Budgetmittel*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der heutigen Gemeinderatssitzung wird uns ein Stück vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass im Rechnungsjahr 2006 rund 29 Millionen Euro der außerordentlichen Gebarung nicht den vorgesehenen Zwecken zugeführt wurden – das entspricht einem vergleichsweise schlechten Umsetzungsgrad von nur 58%.

Während einzelne Ressorts an ihre finanziellen Grenzen gestoßen sind, ist bei anderen teilweise mehr als die Hälfte der veranschlagten Mittel „übrig geblieben“. Dieses Ungleichgewicht ist schwer erklärbar in einer Stadt, in der es immer heißt, es gäbe kein Geld.

Meine Anfrage daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

werden Sie dafür Sorge tragen, dass wenn hinkünftig Projekte in einzelnen Abteilungen nicht umgesetzt und die dafür budgetierten Mittel im laufenden Rechnungsjahr nicht verbraucht werden, im Stadtsenat unverzüglich nach Bekanntwerden dieser Umstände eine Umschichtung der vorhandenen Geldmittel in jene Bereiche beraten wird, die bereits an ihren finanziellen Grenzen angelangt sind?

Anfrage an den Bürgermeister  
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19. April 2007  
von Gemeinderat Mag. Hermann Candussi

*Betrifft: Äußeres Erscheinungsbild der Thalia*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
angesichts der Thalia, respektive angesichts der Tatsache, dass das gegenwärtige Erscheinungsbild der Thalia vielen Grazerinnen und Grazern bekannt ist, kann ich mir einen ausführlichen Motivenbericht zu dieser Anfrage ersparen. Zu oft wurde vermutlich nicht nur ich darauf angesprochen, dass der Anblick, den der einstmals repräsentative Bau zur Zeit bietet, schlichtweg erbärmlich ist. Provisorisch abgeplankte Treppen, ein an eine halbfertige Tiefgarage erinnernder Vorbau und Reste von Baustellenmüll lassen PassantInnen darüber rätseln, ob der vor vielen Jahren begonnene Umbau noch immer nicht abgeschlossen ist, oder ob schlicht der Hausbesitzer seine ihm obliegenden Pflichten vernachlässigt. Nun weiß ich wohl, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dass es nicht die Aufgabe des Oberhauptes der zweitgrößten Stadt Österreichs sein kann, sich um jeden verwahrlosten Vorgarten zu kümmern, und dennoch nutze ich die Möglichkeit der Anfrage, um hier für Ab- Hilfe zu sorgen, weiß ich doch, dass dir erstens eine in allen Belangen saubere, ordentliche Stadt am Herzen liegt, und zweitens um deine guten Kontakte zu just jenem Bauträger, der für die „Thalia-Neu“ verantwortlich zeichnet.

Aus diesem Grunde richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage

**ob du dich (egal ob in deiner offiziellen Funktion oder als Freund des Kammer-  
Repräsentanten aller Bauträger) dafür einsetzen könntest, das Erscheinungsbild  
der Thalia dem Rang des Gebäudes und seiner prominenten Lage entsprechend  
zu verbessern.**



**Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl eingebracht von  
GRin Christina Jahn  
in der Gemeinderatssitzung vom 19.04.2007**

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,*

Wieder einmal steht die Gastgarten- und Veranstaltungssaison vor der Tür, Beschwerden über zu viel Lärm seitens betroffener AnrainerInnen sind daher verständlicherweise zu erwarten. Gerade um den Veranstaltungslärm in den Griff zu bekommen, wurde seitens des Präsidialamtes ein Arbeitskreis organisiert, der sich mit der Evaluierung und darauf basierend mit der Überarbeitung der Veranstaltungsrichtlinien auseinandersetzen sollte. Dabei wurde auch eine Erhebung des Ist-Zustandes der einzelnen öffentlichen Veranstaltungsplätze – also wo finden wie viele Veranstaltungen welcher Art statt – vorgenommen. Diese sollte als Grundlage dafür dienen, um einerseits den Ist-Zustand auf den einzelnen Plätzen zu erheben und auch, um festzulegen, wie viele Veranstaltungen in welcher Lautstärke auf den jeweiligen Plätzen künftig zu genehmigen sein sollten. Leider hat die zuständige Arbeitsgruppe nicht – wie versprochen – im Jänner bzw. Februar 2007 stattgefunden, konkrete Maßnahmen werden nun wohl wieder auf das nächste Jahr verschoben, die betroffenen AnrainerInnen um ein weiteres Jahr getröstet.

Daher meine Anfrage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

**Warum liegen trotz der für Beginn 2007 in Aussicht gestellten Analysen aus den Platzevaluierungen noch immer keine Vorschläge zur Modifikation der Veranstaltungsrichtlinien vor bzw. wird der zuständige Ausschuss je wieder tagen?**

Gemeinderätin  
**Dr. Andrea Sickl**

Herrn  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl  
Rathaus  
8010 Graz

Dienstag, 17. April 2007

**Betr.: Ausnahmewilligung für Hebammen; mündliche Anfrage**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Einige werdende Mütter entschließen sich zu einer Hausgeburt im Beisein eines Arztes oder einer Hebamme. Während der Arzt bei diesem 'Einsatz' seinen PKW mit der Ausnahmewilligung 'Arzt im Dienst' auch in Kurzparkzonen abstellen kann, ist die Hebamme gezwungen in den flächendeckenden Kurzparkzonen einen Parkschein auszufüllen. Geburten können sich aber über Stunden hinziehen, das Ungeborene denkt noch nicht an Kurzparkzonen und Strafzettel.

Will die Hebamme keine Strafe riskieren, so muss sie während der Verrichtung ihrer Tätigkeit als Geburtshelferin immer wieder weg, um das Fahrzeug umzustellen oder neue Parkscheine nachzulegen. Es liegt wohl auf der Hand, dass die Arbeit der Hebamme dadurch wesentlich erschwert wird.

In Graz gibt es nur wenige Hebammen, die auch zu Hausgeburten kommen. Um diesen wenigen Frauen die Arbeit zu erleichtern wäre eine Ausnahmegenehmigung von der Stadt Graz eine große Hilfe, die nur wenig Kosten verursachen würde.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

**A n f r a g e ,**

**ob Sie eine Möglichkeit sehen, den Grazer Hebammen für die Zeit einer Geburtsbegleitung Ausnahmewilligungen in Grazer Kurzparkzonen zu erteilen ?**

Gemeinderat  
**Mag. Harald Korschelt**

Herrn  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl  
Rathaus  
8010 Graz

Dienstag, 17. April 2007

**Betreff: Reptilien;** mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In so manchem Grazer Haushalt finden sich nicht die üblichen Haustiere wie Katzen und Hunde, Aquarienfische oder Kanarienvögel, sondern Schlangen, Spinnen, Skorpione, Chamäleons, Echsen, Leguane und andere oft nur Experten und Liebhabern bekannte Arten von Reptilien. Zweiunddreißig gemeldete Haushalte in Graz sind Heimstätte solcher Arten von Tieren, geschätzte 300 weitere Reptilienfreunde beherbergen eine unbekannte Zahl von teils giftigen und gefährlichen, teils völlig harmlosen Tieren dieser Art.

Obwohl es sich bei Reptilien nicht um 'niedliche' Schoßtiere handelt, Schlange und Co auch nicht so 'putzig' sind wie Knut der Eisbär, verdienen sie dennoch unseren Respekt und Schutz. Nicht nur wegen einer möglichen Gefährdung für den Menschen ist die Haltung solcher Tiere schwierig, da dafür ein großes Fachwissen Grundvoraussetzung ist. Problematisch wird die Sache dann, wenn einer dieser 'Lieblinge' entweicht. Aus Angst, Ekel oder einfach nur Unwissenheit werden viele Reptilien meist grundlos getötet. Würden jedoch Experten zu Rate gezogen werden, könnte einerseits das Tier schonend eingefangen und dem Besitzer zurückgegeben werden, andererseits könnte betroffenen Menschen bei harmlosen Tieren Beruhigung und bei Verletzungen durch Gifttiere rasch Hilfe geboten werden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e ,**

**ob Sie bereit sind von den zuständigen Stellen überprüfen zu lassen, inwieweit von der Stadt Graz in Zusammenarbeit mit sachkundigen Personen Vorsorge getroffen werden kann, dass einerseits entwichene Reptilien artgerecht und nach den Kriterien des Tierschutzgesetzes in Verwahrung bzw. im Falle von heimischen Tieren wieder freigesetzt werden können, und dass im Falle des Beiziehens eines solchen Sachkundigen dessen finanzielle Ansprüche im Vorhinein geregelt werden?**

GR Martin KHULL-KHOLWALD

**Anfrage**

Betreff: A 14-K-797/2003 – 10/Ergänzung HQ 100

Graz, 19. April 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Stadtplanungsamt hat ein Positionspapier der Landeshauptstadt Graz zur geplanten Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 1974 unter der GZ.: A 14-K-797/2003 erarbeitet.

Hinsichtlich dieses Positionspapiers, das sich inhaltlich in 2 Punkte – Zersiedelung wirksam vermeiden und Verfahrensvereinfachung – gliedert möchte ich dringend anregen, einen weiteren Punkt aufzunehmen, der da überschrieben werden könnte wie folgt:

Hochwasserschäden vermeiden – Keine Bebauung in HQ 100 Hochwasserabflusszonen.

Bis jetzt haben wir uns in dieser Frage mit dem Provisorium einer Bausperre beholfen um weitere Bebauung der letzten auf unserem Stadtgebiet noch vorhandenen Überflutungsflächen zu verhindern.

Welche Schäden durch Bebauungen, die in Ausuferungsbereichen genehmigt und errichtet wurden, in den letzten Jahren in Graz entstanden sind, ist dem Gemeinderat bekannt. Daher wäre eine Ergänzung unseres Positionspapiers um den von mir angeregten Punkt zum Vorteil für unsere Bevölkerung.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**Anfrage:**

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass das Stadtplanungsamt rasch eine Ergänzung zu unserem Positionspapier erarbeitet, die dem im Motivenbericht ausgeführten Problem zum Wohle der Grazer Bevölkerung Rechnung trägt?

## **Anfrage**

Betreff: Wartezeiten bei Führerscheinstelle BPDion Graz

Graz, ... April 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vorweg möchte ich festhalten, dass es in diesem Hause leider üblich ist über das Instrument des dringlichen Antrags aus mit diesem Thema vergleichbaren Problemen Petitionen an die Bundesregierung oder ähnliches wahlwerbungswirksam zu inszenieren. Diese Möglichkeit habe ich nach den Bestimmungen unseres Status nicht. Darüber hinaus halte ich es nicht für besonders sinnvoll, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, nur weil Kanonen lauter sind, als ein Luftdruckgewehr.

In meiner Anfrage, zu deren Lösung in einem ersten Schritt sicherlich das von mir geforderte Engagement unseres Herrn Bürgermeisters ausreichen dürfte, geht es um die Wartezeiten, die Grazer BürgerInnen in Kauf nehmen müssen, wenn sie ein Amtsweg in die Hallen der Führerscheinstelle der Bundespolizeidirektion Graz führt. Für einen einfachen Antrag muss man dort im Schnitt gute 5 Stunden Wartezeit in Kauf nehmen.

Die in der Führerscheinstelle beschäftigten Beamten sind überaus fleißig und bemüht, die Anträge so rasch und kundenfreundlich wie möglich zu bearbeiten. Allein, sind zu wenige um die große Zahl der Anträge so zu bearbeiten, dass unsere BürgerInnen keine unzumutbaren Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.

Daher wenden sich die Beamten der Sicherheitsverwaltung über einem Aushang mit der Bitte um Entschuldigung für die langen Wartezeiten an die Staatsbürger. Aus dem Text des Aushangs möchte ich zitieren: „Bei der Sicherheit darf nicht gespart werden. Jedoch sollen immer kompliziertere Gesetze mit immer weniger Personal bewältigt werden. Die Sicherheitsverwaltung als viertes Korps der Österreichischen Sicherheitsexekutive ist permanenten Personalreduktionen ausgesetzt – seit 1995 sind es bereits hunderte Planstellen,“ die eingespart wurden.

Die für jeden Grazer, jede Grazerin unzumutbaren Wartezeiten bei der Führerscheinstelle der BPDion Graz haben ihre Ursache ausschließlich in diesen Personalreduktionen.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **Anfrage:**

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Ursachen der unverhältnismäßigen Wartezeiten, die unsere BürgerInnen bei Amtswegen in der Führerscheinstelle der BPDion Graz auf sich nehmen müssen, verkürzt werden?